

Vorort

Zeitung für das andere Vaihingen

www.vorort-vaihingen.de

Ob und wen wir wählen allein wird an unserer Lage gar nichts ändern

Alles bloß Spaß ?

Wer zur Bundestagswahl zugelassen wird, bestimmt der Bundeswahlleiter. „Die Partei“ des Satire-Magazins Titanic hat er wegen „mangelnder Ernsthaftigkeit“ nicht zugelassen. Angesichts dessen, was die Berliner Block-Parteien vor den Wahlen so alles abliefern, stellt sich die Frage, warum diesen Ernsthaftigkeit zugebilligt wurde.

Im Stuttgarter Süden verkleidet sich ein aus Bad Urach kommender grüner Deutscher türkischer Herkunft als Elvis Presley und verlangt als „Schwabe für Stuttgart“ nach Berlin gewählt zu werden. Sein Programm: mehr und bessere Bildung. Das fordern auch CDU, FDP, SPD und Linke.

Nachdem die Aktionäre von Banken, Versicherungen und Automobilkonzernen sich mit dem Rest ihrer nicht bereits auf die Bahamas geschaffenen Milliarden Gewinne der letzten Jahre verspekuliert haben, beschließt der Bundestag ihnen 400 Milliarden für die Begleichung ihrer Spielschulden zu schenken. Als dies, wie bei der Hypo Real Estate, eine Insolvenz immer noch nicht verhindern kann, legt der Staat noch eins drauf und kauft den Aktionären ihre Aktien deutlich über Wert ab. Die „Verstaatlichung“ soll dabei ausdrücklich nur so lange bestehen, so lange das Unternehmen marode

ist. Sobald es wieder Gewinne macht, bekommen es die Anleger zurück.

Einen Tabubruch und „beispiellosen Angriff auf den Schutz des Eigentums, einen schweren Schlag gegen die soziale Marktwirtschaft“, nennt dies der FDP-„Finanzexperte“ Brüderle. An diesem „Tag der Unfreiheit“ sei der „Marsch in die sozialistische Planwirtschaft“ beschlossen worden.

Dass die FDP seither in der Wählergunst deutlich gewinnt, kann man nur damit erklären, dass sich das (Wahl)volk angesichts seiner eigenen eher aussichtslosen Lage entschlossen hat, fortan nur noch die jeweils verrücktesten oder satirischsten Auftritte der Berliner Bühne mit seiner Stimme zu belohnen.

Man hat wohl inzwischen bemerkt: zur Wahl stehen da nicht Vertreter des Volkes, sondern nur das aus Steuergeldern entlohnte politische Personal der Großkonzerne. In der parlamen-

Bundestagswahl 2009

Wer wählt, wählt verkehrt

Wenn es gar keine Wahl gibt, bei den Wahlen
von Gerhard Wick

Die immer noch Wahlen gehen und sich damit auch zu der bestehenden Staatsordnung be-



kennen, erklären gerne, dass es wichtig sei, das kleinere Übel an der nächsten Regierung zu haben. Da sind die Grünen zwar auch für

Kriegseinsätze in Afghanistan und anderswo, aber halt auch gegen Atomkraft - wenigstens ein bißchen.

Da steht die SPD zwar auch für Hartz IV, beispiellosen Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben, aber dann vielleicht doch nicht ganz so krass wie die FDP.

Die Linke ist im Prinzip auch sozialdemokratisch und für kapitalistische Marktwirtschaft, aber eben doch etwas gerechter. Für die FDP und die CDU fällt mir jetzt gar nichts ein, weswegen sie das kleinere Übel sein könnten.

Da stehen wir also vor fünf bis sechs Türen mit Aufschriften wie *Mehr Bildung, Für Frieden und Freiheit, Für Arbeitsplätze, Weniger Steuern*. Hinter jeder steht einer mit einem Gewehr im Anschlag. Und nur weil die Kaliber verschieden groß sind, meinen wir eine Wahl zu haben.

Ich lass' die Türen lieber zu. Natürlich kommen die trotzdem raus. Aber dann ist es wenigstens kein Selbstmord.

Ergebnis der Kommunalwahl in Vaihingen:

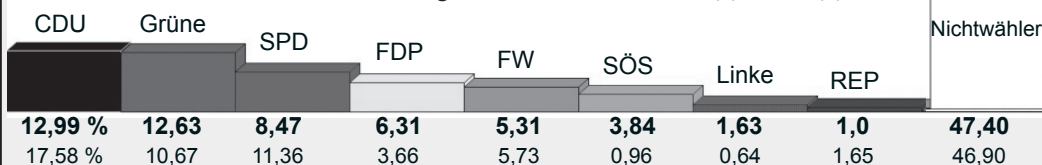
Klares Votum gegen FOB und für mehr Bürgerbeteiligung

Ihr gegen alle Bürgerproteste hartnäckiges Festhalten an S 21 und der Verlegung des ZOB hat CDU und SPD auch in Vaihingen massiv Stimmen gekostet. Dass vor allem die Nicht-Partei und da-

für Bürgerbewegung SÖS bei einer Vervierfachung der Stimmen das zweitbeste Stadtbezirksergebnis erreichte, zeigt, dass die Einwohner mehr an den Entscheidungen über die Gestaltung ihres Lebensraums beteiligt sein wollen.

Der Bezirksbeirat in Vaihingen wird sich künftig so zusammensetzen: CDU 4 (6), Grüne 4 (3), SPD 3 (4), FDP 2 (1), SÖS/Linke 2 (0), FW 1 (2).

Vergleich 2004 in 2. Zeile



Dia-Show: Mali - Land der Dogon

Nach der übervollen Vernissage am 16. Mai mit dem Livekonzert von Wally Warning aus Aruba und Timo Odoi/Ghana, erfolgreichen Lesungen von Beate Rygiert und Daniel Oliver Bachmann, folgt zur Finissage der Fotoausstellung „Mali - Land der Dogon“ des Vaihinger Fotografen Michael Elsaesser am Samstag, den 3. Oktober 2009 ein Vortrag über das bittere Erbe der Kolonialmächte: der spannende Bericht eines Mannes, der nach Namibia auswanderte und dort erlebte wie die deutschstämmigen Farmer die schwarze Landbevölkerung gewissenlos ausbeuten. Als er die Lebensbedingungen der Farmarbeiter verbessern wollte, stieß er auf erbitterten Widerstand der „Herrenmenschen“ - und musste schließlich aufgeben.

www.die-anstifter.de

Jeder Wähler ist ein Tröpfchen von dem Öl, das die große Staatsmaschine schmiert. Was er wählen darf ist allein das Ölkännchen, aus dem er in das Räderwerk träufeln darf, und von dem je nach der Größe des Behälters ein Schuß mehr links oder ein Schuß mehr rechts in den Apparat gegossen wird, dessen Hauptwalze sicher und exakt funktioniert, unbeirrt darum, welche von den vielen Seitenrädchen sich etwas schneller und welche sich etwas langsamer um ihre Achse drehen. Die Stimmabgabe jedes einzelnen Wählers hat also für den Gang der Geschicke eines Volkes ebensoviel zu bedeuten wie der Rauch einer Zigarre, der sich im weiten Raum einer Wolke beimischt, für den Niederschlag eines Gewitters.

Erich Mühsam. Zur Naturgeschichte des Wählers. In: Die Fackel vom 12.4.1907

www.die-anstifter.de

www.die-anstifter.de



Berghaustr. 32
70565 Stuttgart

Tel: +49 (0) 711 – 658 38 20
Mobile: +49 (0) 171 – 697 29 26
Web: www.goetz-metall.de
E-mail: info@goetz-metall.de

ORSO | Bautechnik und Wärmedämmtechnik

Innenausbau · Dachausbau · Wärmedämmung · Fenster · Türen · Dachfenster

Der Dachausbau bietet eine preiswerte Erweiterung der Wohnflächen. Und mit einer guten Wärmedämmung sparen Sie teure Heizenergie.

Wir beraten Sie gerne.
Rufen Sie uns an.

(0711) 657 25 98

Besichtigung, Beratung und Angebot kostenlos und unverbindlich!

ORSO GmbH · Dieselstr. 26 · 70771 L-Echterdingen · Fax (0711) 657 29 02 · www.orso-gmbh.de

Unsere Leistungen für Sie:

Innenausbau, Dachausbau, Fenster und Türen, Wärmedämmung, Dachfenster, Schalldämmung, Bodenbeläge, Ladenbau, Trockenbau, Malerarbeiten, Einbaumöbel.

Verkauf von natürlichen Bau- und Dämmstoffen.

Vorschau: ISA bringt Grachmusikoff nach Vaihingen

13. November 2009, 19:00 Uhr, Alte Kelter Vaihingen Grachmusikoff-Trio



Die Ur-Besetzung von Grachmusikoff aus dem Jahr 1978 (Alexander und Georg Köberlein, Hansi Fink) tritt neben der 5-köpfigen Band seit 1998 auch wieder als Trio auf, um „in kleineren Räumen und intimerem Rahmen Musik machen zu können“. Die Initiative schönes attraktives Vaihingen (ISA) bringt im Rahmen ihrer Veranstaltungen zum zehnjährigen Bestehen der Bürger-Initiative die Musiker aus Oberschwaben („mir send Rocker“) nach Vaihingen.

Demnächst Näheres auf:
www.isa-vaihingen.de oder Anfragen bei:
isa-vaihingen@web.de

Samstag, den 3. Oktober 2009 um 20 Uhr (Einlass 19:00 Uhr) im Restaurant Da Michele, Rathausplatz 6.

Anmeldungen an:
Michael.Elsaesser@gmx.de

www.die-anstifter.de

Fortsetzung von Seite 1

Alles bloß Spaß ?

der sich die Welt nicht ausschließlich bei Anne Will von hochbezahlten Wirtschaftsvertretern und Politikern erklären lässt, von denen wahrscheinlich jeder über mehr Einkommen und Eigentum verfügt als die wechselnd applaudierenden Volksdarsteller im Publikum

zusammen, weiß: Jede auch immer denkbare nächste Regierung wird nichts anderes tun als den durch die Begleichung der Spielschulden der Banken und aller anderen Spekulanten nun selbst hoch verschuldeten Staatshaushalt auf Kosten des gemeinen Volkes zu sanieren.

BOOKS & MORE

English Books, Audio Books and Movies
www.herbstreuth.de

Ständig Lagerverkauf stark reduzierter Resttitel

Verlag Herbstreuth

Handwerkstr. 50 · Mo. - Fr. 9-17 Uhr · Tel. 0711-780 28 73



Die HausMeister
Services Ltd.

Seerosenstraße 3A
70563 Stuttgart

Tel: 0176 - 279 521 58
Fax: 0711 - 489 34 81

Innenausbau

Metallbau

Gartenpflege

Garten-und Landschaftsbau



Grünschnabel Naturkost & Naturwaren

Sigmundstr 1 · 70563 Stuttgart-Vaihingen · T 0711 - 735 25 02

Die Stuttgarter Initiative „Reiche Stadt - Arme Kinder-Arme Jugend“ fordert:

Allen Kindern die gleichen Bildungschancen!

In Stuttgart sind laut der offiziellen Statistik von 2008 45.950 Menschen von Hartz IV betroffen, davon über 11.000 Kinder unter 15 Jahren. Dazu kommen noch die Jugendlichen über 15 Jahre oder die Kinder, deren Eltern arbeiten und dabei so wenig verdienen, dass sie eine Aufstockung vom Sozialamt brauchen.

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich Armut!

Deshalb hat sich im Januar 2008 die Initiative „Reiche Stadt - Arme Kinder - Arme Jugend“ gegründet. Ihr Ziel ist es, die Stadt Stuttgart in die Pflicht zu nehmen.

Gefordert wird zum Beispiel, dass der Gemeinderat einen Schulfonds bereit stellt, aus dem jedes bedürftige Kind in jedem Schuljahr 100 Euro ausbezahlt bekommt. Das ist sowieso

vorgesehen. Für „Schreibwaren im Allgemeinen“ sollen 1,98 bzw. für die über 14 Jährigen 2,26 Euro reichen: damit kann man vielleicht einen Ordner und einen Bleistift kaufen. Wo bleibt da die von den Politikern vielgepriesene Chancengleichheit? Einen ersten Erfolg kann die Initiative inzwischen vermelden: Ab diesem Schuljahr hat der Gemeinderat für die Einschulung 100 Euro als sogenanntes „Ranzengeld“ eingeführt.

Aber da die Bundesregierung ab Herbst 2009 Kindern in Hartz IV eine Beihilfe von 100 Euro zahlen will, steht das Ranzengeld schon wieder zur Disposition!

Nur noch die Kinder, deren Eltern Aufstockung bekommen,

sollen noch das Ranzengeld bekommen, allerdings nur noch 50 Euro, so der Vorschlag der SPD-Fraktion.

Während für die Prestigeobjekte des OB Schuster - wie Stuttgart 21 oder die Kulturmeile - Millionen von Euro locker aus der Gemeindekasse fließen sollen, wird an jedem Euro für die Kinder und die Jugend herumgerechnet. Da verkommt die Parole vom „kinderfreundlichen Stuttgart“ - die OB Schuster so gerne im Munde führt - zur Farce!

Aktuell verlangt die Initiative, die im übrigen gerne weitere Mitstreiterinnen in ihren Reihen begrüßt, von Stadt und Land: Alle Kinder brauchen die Chance auf Bildung!

Das Ranzengeld muss bleiben!

Bildung eines Schulfonds für alle Schülerinnen in Stuttgart mit wenig Geld;

Ein kostenloses Mittagessen an allen Schulen;

Zusätzlich für die Bildung: kleinere Klassen, frühe Förderung, kostenlose Nachhilfe und

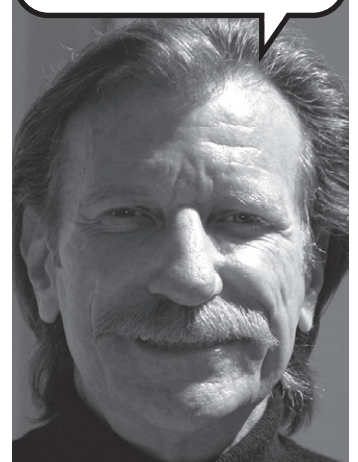
Freie Fahrt für Bildung.

Kontakt: g.vomhof@gmx.de



nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn in den Hartz IV Geldern für Kinder und Jugendliche sind für Bildung 0,00 Euro

klar bin ich im Mieterverein!



Mark Munkittrick
Kammersänger

Der Mieterverein hilft Ihnen bei allen Mietproblemen.

0711 - 21 01 60

Beratungsstellen auch in Bernhausen und Rohr

www.mieterverein-stuttgart.de



70182 Stuttgart
Moserstraße 5

www.die-anstifter.de

Engelszunge

In Folge einer Dürrekatastrophe benötigt das Welternährungsprogramm (WFP) 160 Millionen Euro um vier Millionen Kenianer vor dem Hungertod zu retten. Bei der deutschen Regierung werden sie wohl vergeblich anfragen. Die hat nichts mehr, weil sie bereits mit ganz anderen Summen (400 Mrd) eine viel größere Not - die von Banken und Konzernen - lindern musste. Mehr als das 30ig-fache der für die Rettung von 4 Millionen Menschen benötigten Summe wurde allein für die Prämierung der Verschrottung intakter Fahrzeuge aufgewandt.

www.die-anstifter.de

www.die-anstifter.de

www.die-anstifter.de

www.die-anstifter.de

Eine Farbspur als Gedankenstrich zwischen dem Ort der Opfer und dem Ort der Schreibtischtäter

Spur der Erinnerung und Stolperstein in Rohr

Im Oktober 2009 wird mit einer „Spur der Erinnerung“ in Form einer auf den Boden gemalten violetten Farbspur von Grafeneck zum Innenministerium in Stuttgart an die Beteiligung der öffentlichen Verwaltung als Vertreter des Staates bei den Kranken- und Behindertenmorden erinnert werden. Bereits am 6. Oktober verlegt die Initiative Stolpersteine einen Gedenkstein für den Rohrer C. Elsässer.

Vom 13. bis 16. Oktober 2009 werden zahlreiche Hände unterschiedlichster TeilnehmerInnen einen „Gedankenstrich“ von Grafeneck bis Stuttgart malen - und damit unterstreichen, dass alle Menschen das gleiche Recht auf Leben haben. Es ist dann 70 Jahre her, dass mit der Beschlagnahme des damaligen Behindertenheims Grafeneck der evangelischen Samariterstiftung die Voraussetzungen für die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ geschaffen wurden: von Januar bis De-

zember 1940 wurden dann dort mindestens 10.654 Menschen ermordet.

Nach Feststellung des Dokumentationszentrums Grafeneck sind nahezu aus jeder württembergischen und badischen Gemeinde Menschen in Grafeneck ermordet worden! Eine Chance für die Erinnerung in den Gemeinden und für die örtliche Gedenkkultur, dass künftig in Kirchen, auf Friedhöfen oder auf öffentlichen Flächen neben dem obligaten Gedenken an die Gefallenen vielleicht auch eine

Tafel an die Opfer der Gewalt Herrschaft erinnert.

Am Freitag 16. Oktober wird die Spur durch Möhringen und weiter zum Innenministerium gezeichnet. Ab 13 Uhr findet auf dem Karlsplatz die große Abschlussveranstaltung statt. Gegen das Vergessen tritt auch das Projekt Stolpersteine an. Am Dienstag, den 6. Oktober 2009 wird der Kölner Künstler Gunter Demnig in Stuttgart zahlreiche Stolpersteine zur Erinnerung an von den Nazis ermordeten Stuttgarter Bürgern

verlegen.

Um 9.30 Uhr im Stadtteil Rohr zur Erinnerung an Christian Elsässer.

Christian Elsässer wohnte mit seiner Familie in der Peterstraße 26, und war Arbeiter bei der Firma Bosch. An seinem Arbeitsplatz machte er 1944 kritische Äußerungen über das Nazi-Regime, wurde denunziert und verhaftet. Man klagte ihn vor dem Volksgerichtshof in Berlin an und verurteilte ihn zum Tod. Am 28.8.1944 wurde er im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet.

www.spur-der-erinnerung.de
Initiative Stolperstein Stuttgart-Vaihingen: kh_marquart@yahoo.de



Kapitalismus im Endstadium: Vernunft wird Unsinn

Von Umweltprämien und Schweinegrippe

Das von der WHO gegründete Global Forum for Health Research hat festgestellt, dass für 90% der Krankheitslast in der Welt weniger als 10% der Gesundheitsforschung geleistet wird. Stark vernachlässigter Forschungsbereich ist die Entwicklung neuer Medikamente für die sog. Dritte Welt.

So gut wie gar nicht erforscht und entwickelt werden Medikamente zur Behandlung von Infektionskrankheiten in tropischen und subtropischen Gebieten mit großer Armut.

Von 137 Medikamenten, die im Jahr 2000 in der Entwicklung waren, ist nur eines gegen Malaria und eines gegen die Schlafkrankheit, keines gegen Tuberkulose und Leishmaniose. Dafür 4 gegen Schlafstörungen, 7 gegen Fettleibigkeit, sowie 8 gegen Impotenz. Während jährlich Millionen Menschen mangels Medikamenten an Infektionskrankheiten sterben, liefern sich die Pharmahersteller ein Wettrennen bei Potenzmitteln. Wo nur nach wirtschaftlichen Kriterien entschieden wird, lohnt es sich eben nicht, Arzneien für Menschen zu entwickeln, die sie zwar dringend benötigen, aber nicht bezahlen können. Wo es für den einfachen Menschen vernünftig ist, Medikamente zur Behandlung der häufigsten und schwersten Krankheiten zu entwickeln, ist es dem Kapitalisten vernünftig nur Medikamente zu entwickeln mit denen maximaler Gewinn erzielt werden kann. Wo einzige Triebfeder produktiven Handelns die Vermehrung von Kapital ist, wird nur produziert, womit sich Geld verdienen lässt und völlig unabhängig vom Nutzen oder Schaden für die Menschen alles produziert, was Gewinn bringt.

Dieser Kapital-Logik haben sich auch alle Regierungen unabhängig ihrer politischen Couleur im kapitalistischen Staat zu unterwerfen.

Wo ständiger Zuwachszwang zu Überproduktion führt, springen die Staaten ein und wenden z.B. 5 Mrd. Euro Steuergelder auf, um für die Verschrottung intakter Fahrzeuge den Kauf eigentlich nicht benötigter Neuwagen zu subventionieren. Den ressourcen- und umweltpolitischen Skandal nennen sie dann „Umweltprämie“.

Wo produziert wird ohne dass es einen Bedarf gibt, wird einer geschaffen. 1999 entwickelte

Roche das Grippemittel Tamiflu. Als es auf den Markt kam, war es ein Flop, weil die alljährlichen Grippewellen in den folgenden Wintern eher harmlos verliefen. Mit der „Vogelgrippe“ konnte der Absatz dann kurzfristig deutlich erhöht werden und daraus hat man gelernt. Bereits im März 2008 wusste man beim Tamiflu Lizenzproduzenten CHUGAI, dass 2009 „der Umsatz von Tamiflu um 531% steigen wird“. Und tatsächlich wurde ein Jahr später die „Schweinegrippe“ „entdeckt“. Die ist zwar tatsächlich nicht gefährlicher als jede andere jährlich auftretende Grippe. Mit ihr haben sich bisher nur 0,1% der Bevölkerung, dafür aber 99,9% der Medien infiziert.

Klaus Stöhr, Leiter der Vogelgrippe-Kampagne der WHO und des Influenza-Impfstoffprogramms 2005/2006 hatte es bereits bei der Vogelgrippe geschafft, eine für den Menschen gar nicht existierende Erkrankung so zu verkaufen, dass Milliarden für Medikamente aus Steuergeldern ausgegeben wurden. Danach wechselte er zum Pharma-Konzern Novartis, der jetzt gerade einen neuen Impfstoff gegen die Schweinegrippe auf den Markt bringen will. Davon hat die Bundesregierung bereits vor dessen Entwicklung für 500 Mio Euro bestellt. Und weil der billiger zu produzieren ist, wenn es schnell geht, wird er nicht wie bisher auf Hühner-eiweiß, sondern auf hochaktiven Krebszellen gezüchtet. Die Frage, ob eine Gefahr für die Geimpften durch mit übertragene krebserzeugende Bestandteile des Zellmaterials besteht und wie hoch diese langfristig sein könnte, hat für die zulassende EU-Institution offenbar keine Rolle gespielt.

Viel spricht dafür, dass demnächst ein beispielloser moralischer Druck auf die Bevölkerung ausgeübt werden wird, sich einer Massenimpfung zu unterziehen. Nicht weil eine Pandemie droht, wie verbreitet wird, sondern weil ein Impfstoff produziert und gekauft wurde.

Afghanistan

Wann ist ein Krieg ein Krieg?

SPD-Struck und Steinmeier nennen es immer noch eine „Friedensmission“, für die Grünen ist es Hilfe zum Aufbau der Demokratie und der Befreiung der Frauen, der aktuelle Kriegsminister fabuliert gerne von der Verteidigung des Vaterlands und der Verhinderung von Terroranschlägen in Deutschland.

Erst seit hohe Militärs darüber klagen, dass ihre militärischen Einsätze keine Sozialarbeit und kein Zuckerschlecken seien, spricht der Kriegsminister auf der Trauerfeier für drei Soldaten von „Gefallenen“. Die 32 zuvor im Sarg Heimgekehrten waren noch „Opfer“ gewesen. Der Tod der Soldaten ist ihm „der hohe Preis den wir(!) zahlen, damit wir in Deutschland in Frieden und Freiheit leben können.“ Wir(!) sind in Afghanistan, weil wir die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands schützen.“ Den Gefallenen seien wir es nun schuldig, „unser Engagement“ am Hindukusch noch zu verstärken. Warum haben ihn die Hinterbliebenen für diese Worte nicht aus der Kapelle gejagt? Vielleicht waren sie vom Leid gelähmt. Vielleicht wissen sie aber auch gar nicht, wofür ihre Angehörigen tatsächlich starben:

Bereits 2008 hat der Rüstungskonzern Rheinmetall in seinem Geschäftsbericht vermerkt: „getrieben von einer unverändert hohen Zahl an internationalen Militäreinsätzen verstärkt sich der Trend zu höheren rüstungstechnischen Investitionen.“ Allein in Deutschland werde sich „der Anteil der militärischen Beschaffungen und Entwicklungsleistungen“ von 5,3 Mrd. Euro 2007 auf 5,9 Mrd. 2008 erhöhen. Dies ist mehr als das 14-fache der deutschen Hilfgelder für das kriegszerstörte Afghanistan in den kommenden drei Jahren. Und selbst die Hilfgelder kommen weniger den Afghanen als vielmehr deutschen Firmen zu gute, die Millionenerträge aus der sogenannten Entwicklungshilfe vermelden. Im Herbst letzten Jahres beklagte der afghanische Außenminister die „große Machtlosigkeit seiner Regierung beim Aufbau des eigenen Landes“. Hilfsorganisationen und ausländische Staaten kontrollierten die Verwendung von 80% der „Hilfgelder“, obwohl einheimische Firmen die Mittel sehr viel effizienter einsetzen könnten: so kostete der Bau eines Klassenzimmers durch Afghanen 13.000 Euro, unter der Regie von Ausländern hingegen

mindestens 45.000 Euro. Ohnehin bestehen beträchtliche Teile der Aufbauarbeiten in der Wiederherstellung der erst von NATO-Bombern zerstörten Dörfer und Infrastrukturen.

Auch die von den Grünen gerne als Begründung für die Besatzung angeführten afghanischen Frauen, die aus der islamistischen Knechtschaft durch die Mullahs und Taliban befreit werden müssen, halten nicht viel von den Befreiern, die auf der Jagd nach „Terroristen“ ganze Dörfer platt bomben und gleichzeitig mit den schlimmsten Reaktionen zusammenarbeiten. So schürt man Hass. Die afghanischen Frauenrechtsbewegung RAWA erklärte kürzlich: „Weder die Besatzer noch die bestialische Taliban und kriminelle Nordallianz. Lang lebe ein freies und demokratisches Afghanistan.“

Terroranschläge wurden bisher nur in den Ländern verübt, die zuvor andere Länder der muslimischen Welt angegriffen haben. Zu behaupten, man könne diese dadurch verhindern, dass man sich an der Invasion, Besatzung und dem Bombenterror beteiligt, ist fast an sich schon verbrecherisch. Wenn deutsche Truppen in Afghanistan etwas „verteidigen“ dann ist es alleine das, was seit 1992 als ihr Auftrag in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der BRD steht: „Die Verteidigung des freien Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt.“

Herausgeber:

VorOrt-Verlag, Stgt.-Vaihingen
Verantwortlicher Redakteur:

Gerhard Wick

Verlagsanschrift:

VorOrt-Verlag
Postfach 800980
70509 Stuttgart
Tel: 0711 / 745 05 23
Fax: 0711 / 745 05 24
vorort-vaihingen@arcor.de
www.vorort-vaihingen.de
Druck: UWS Papier&Druck GmbH
Auflage: 16 000

Bankverbindung:

VR-Bank Stuttgart
Kontonummer: 1000 150 00
BLZ: 600 901 00